

Samtgemeinde dreht am Schlüssel

FINANZEN Berechnung der Umlage künftig ausschließlich nach Steuerkraft der Mitgliedsgemeinden

Strukturell benachteiligte Gemeinden profitieren. 33 Jahre galt die alte Umlagenregelung.

VON ASTRID KRETZER

HARPSTEDT – Ein „sehr guter Tag für die Samtgemeinde“ war es für Colnrades Bürgermeisterin Anne Wilkens-Lindemann, einen „schwarzen Tag“ sah hingegen Ratsherr Wolfgang Eichler (Groß Ippener): Die Einschätzungen nach kontroverser Debatte im Samtgemeinderat über die Samtgemeindeumlage hätten unterschiedlicher nicht ausfallen können. Ohne Frage war es eine richtungweisende Entscheidung, die der Rat bei seiner Sitzung am Mittwochabend im Hotel „Zur Wasserburg“ mit deutlicher Mehr-

heit fasste: Nach 33 Jahren wird der Berechnungsschlüssel für die Umlage erstmals geändert und ab 2008 nur nach Steuerkraft der Mitgliedsgemeinden erhoben. Seit Bestehen der Samtgemeinde wurden je zur Hälfte Steuerkraft und Einwohnerzahl zugrunde gelegt.

Vom geänderten Schlüssel profitieren die finanzschwächeren Mitgliedsgemeinden, während die Gemeinden mit vergleichsweise hohem Steueraufkommen mehr „zubuttern“ müssen in den Samtgemeindetopf. Das neue Berechnungsmodell soll, wie im Protokoll geregelt ist, zunächst drei Jahre lang umgesetzt und von Datenerhebungen begleitet werden. „Wenn man nach dem Zeitraum merkt, da entsteht eine neue Unwucht, kann man immer noch auf

die Bremse treten“, so Samtgemeindebürgermeister Uwe Cordes zum Modell des „Solidaritätsaustausches“.

Den Gegnern der Neuregelung freilich war das nicht genug: Mit Marco Roreger, Georg Drube und Heinrich Eh-

*„In Colnrade
steht genauso
,Samtgemeinde
Harpstedt' auf
dem Schild wie
in Harpstedt“*

JAN FINKE (SPD)

lers (CDU), Wolfgang Eichler (SPD), Horst Hackfeld und Uwe Meyerdiercks (HBL) sowie Horst Bokelmann (fraktionslos) stimmten sieben Ratsmitglieder gegen den neuen

Schlüssel und die entsprechende Änderung der Hauptsatzung – allesamt Vertreter aus dem Flecken Harpstedt und der Gemeinde Groß Ippener, die durch die Neuregelung stärker zur Kasse gebeten werden. Gewerbe anzuseideln, um die Steuerkraft zu erhöhen, „kostet viel Arbeit und bringt auch Ärger“, argumentierte Ippeners Bürgermeister Georg Drube: „Man hat Aufwendungen – und deshalb muss auch etwas mehr in der Gemeindekasse bleiben.“

Dem hielten die 18 Befürworter des neuen Berechnungsmodells vor allem zwei Argumente entgegen: den Solidaritätsgedanken (eine „Ausgleichsfunktion“ wie auf anderen Ebenen gebe es in der Samtgemeinde nicht, so Herwig Wöbse, CDU) sowie die Notwendigkeit des Schritts

zur Stärkung des Konstrukts „Samtgemeinde“. „Es geht hier allein um den Erhalt der Samtgemeinde“, so Heinrich Cordes (CDU): „Wir müssen über den Tellerrand blicken und auch die finanzschwachen Gemeinden am Leben erhalten.“ Nur so bleibe letztlich auch für die finanzstärkeren die Möglichkeit eigener Entscheidungen – statt Entscheidungen einer Einheitsgemeinde. Zustimmung erntete Werner Richter (HBL), der sein „Ja“ zur Umstellung an die Forderung knüpfte, es müsse während der drei Jahre auch die Eigenfinanzierung der Gemeinden betrachtet werden („in allen Mitgliedsgemeinden gleiche Maßstäbe“). Stichworte hierzu waren in der Ratsdebatte die Gewerbesteuerhebesätze oder Straßenausbaubeiträge der Anlieger.